

PROGRAMMATISCHE ERKLÄRUNG

I.

Die Proletarische Vereinigung Österreichs (PVÖ) steht auf dem Boden der Verfassung der demokratischen Bundesrepublik Österreich!

II.

Die PVÖ vertritt die Interessen der Arbeiterklasse, das ist der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten.

Sie strebt deren Kampfgemeinschaft an mit den armen, nicht-ausbeutenden, sondern selbst ausgebeuteten Bauern, Kleinbürgern, unter Führung der Arbeiterklasse.

Die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, diese überwältigende Volksmehrheit, zur ausschlaggebenden Macht in der Gesellschaft zu erheben; diese Macht zu verwenden, um das Leben der gesamten Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, materiell und kulturell, auf die volle Höhe eines menschenwürdigen, modernen Daseins zu bringen, immer mehr zu heben, letzten Endes den Weltsozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft mitaufzubauen - das ist das leitende Ziel der PVÖ.

III.

Dieses Ziel kann erreicht werden nur auf Kosten der Kapitalistenklasse. Denn ihr Profitinteresse ist das Haupthindernis, das sowohl der notwendigen gewaltigen Produktionssteigerung als auch der gerechten Verteilung des Produktionsertrags als auch der dazu unbedingt erforderlichen sozialistischen Umorganisation der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft im Wege steht.

Eben darum muss auch der Staat völlig umorganisiert werden. Der heutige Staat ist Werkzeug der Kapitalistenklasse, dient ihren Profitinteressen. Er muss ein Instrument werden der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger; nach den Interessen dieser überwältigenden Volksmehrheit muss der gesamte Staatsapparat umgebildet, neu aufgebaut werden.

IV.

Die PVÖ lehnt jedes Bündnis, jede Koalition, jede politische, gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse oder mit irgendeinem Teil derselben, grundsätzlich ab. Die Interessen der Arbeiterklasse und der entwickelten Kapitalistenklasse laufen ausnahmslos in jedem Punkt einander schnurstracks zuwider; es gibt zwischen ihnen keine wie immer gearteten gemeinsamen Interessen. In jedem solchen Bündnis werden zwangsläufig die Interessen der Arbeiterklasse immer wieder dem Profitinteresse der Bourgeoisie aufgeopfert, die Position des Proletariats wirtschaftlich und politisch immer mehr geschwächt, letzten Endes immer wieder dem Faschismus, dem imperialistischen Krieg die Bahn geebnet. Die PVÖ verwirft prinzipiell jede Politik, die auf eine - sei es auch nur zeitweilige - politische, gewerkschaftliche Koalition mit der

Kapitalistenklasse oder mit einer ihrer Schichten hinarbeitet.

Die den Arbeitern, Angestellten, und Beamten aller Länder der Erde dauernd gemeinsamen Interessen bilden die Grundlinie des gesamten Kampfes der PVÖ. Diesen Interessen, das ist den proletarischen Klasseninteressen, unterordnet sie ihr gesamtes Handeln. Sie strebt daher auch das Bündnis an mit allen ausgebeuteten, unterdrückten Volksmassen, auch den kolonialen, sie unterstützt deren Kampf um nationale Freiheit gegen alle Ausbeuter, Unterdrücker, vor allem gegen die imperialistischen.

Die PVÖ wird die Gegensätze, Konflikte innerhalb der Kapitalistenklasse, insbesondere zwischen nichtmonopolistischen und monopolistischen Kapitalisten, zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus durch eine zweckentsprechend abgestuerte Taktik zu Gunsten des proletarischen Kampfes ausnützen, ohne sich mit irgendeinem kapitalistischen Teil zu verbünden.

Wo, wann kleinbürgerlichdemokratische Reserven der Kapitalistenklasse, wie zum Beispiel SP, LP, mit der Bourgeoisie in Konflikt geraten, wird die PVÖ die kleinbürgerlichdemokratischen Kräfte gegen die Kapitalistenklasse unterstützen, indem sie den Kampf gegen die kleinbürgerlich entartete SP-, LP-, Gewerkschaftsbürokratie stets unterordnet den Notwendigkeiten des konsequenten proletarischen Kampfes gegen die Klasse der Ausbeuter, Unterdrücker.

V.

Die Sozialdemokratische Partei, in Österreich sich jetzt "Sozialistische Partei" nennend, ist keine Arbeiterpartei. Sie kämpft nicht für die proletarischen Klasseninteressen, sondern für die Interessen der selbstsüchtigen, kleinbürgerlich entarteten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie. Sie ist eine kleinbürgerliche Partei, deren Politik sich zu Gunsten der Kapitalistenklasse auswirkt, dieser immer wieder in die Hände arbeitet.

Die SP schmachtet, politisch und gewerkschaftlich, die Kampfkraft der Arbeiterklasse aus, um - auf Kosten der Massen - Macht, Ehren, Ansehen, materielle Vorteile aller Art zuzuschaukeln der degenerierten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie.

Die SP unterordnet die Interessen der Arbeiterklasse den Profitinteressen der Kapitalistenklasse. Daher schwächt sie immer wieder die Kampfkraft, die ganze Stellung der Arbeiterklasse, daher führt sie die Massen immer wieder in Niederlagen.

VI.

Die Stalinistische Partei, die schwindlerisch unter dem Namen "KP" auftritt, ist keine Arbeiterpartei, sondern die Partei der kleinbürgerlich entarteten Stalinbürokratie.

Die Stalinpartei, Krompartei, ^(KP) unterordnet die proletarischen Klasseninteressen immer wieder den stalinrussischen nationalen Interessen, hinter denen als Hülle die durch und durch degenerierte, demoralisierte Stalinbürokratie ihre egoistischen Macht-, Privilegien-, Pfründeninteressen verbirgt.

Weil sie den stalinrussischen Nationalismus über den proletarischen Internationalismus stellt, arbeitet die Stalinpartei gegen

tatsächlich der Weltbourgeoisie, dem Weltimperialismus in die Hände. So schwächt auch die Kampfkraft, die Position der Arbeiter - Klasse, führt sie immer wieder in Katastrophen.

VII.

Für die sozialdemokratische (labouristische) Gewerkschaftsbürokratie gilt dasselbe wie für die SP- (LP-)Bürokratie, für die stalinische Gewerkschaftsbürokratie dasselbe wie für die Stalin - bürokratie.

VIII.

Zum Kampf für ihre dringendsten Tagesinteressen bedürfen die Arbeiter, Angestellten, niedere Beamten, national und international, der proletarischen Einheitsfront. Sie bahnt zugleich den Weg, auf dem sich die Massen an der Hand ihrer Kampferfahrungen zu der letzten Endes unumgänglich notwendigen proletarischen Kampfeinheit durchringen.

SP(LP) und ihre Gewerkschaftsbürokratie bewegen sich auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, ebendadurch spalten sie die Arbeiterklasse, sind daher grundsätzliche Gegner der wirklichen, ehrlichen proletarischen Einheitsfront, Einheit.

Die Stalinpartei, Krempartei, samt ihrer Gewerkschaftsbürokratie bewegt sich auf der stalinischen "Generallinie" des russischnationalen "Kommunismus", "Sozialismus in einem Land". Wie jeder Nationalismus, so spaltet auch der stalinrussische Nationalismus die Arbeiterklasse. Daher ist die ~~Stalinpartei~~ Stalinpartei samt ihrer Gewerkschaftsbürokratie grundsätzliche Gegnerin der wirklichen, ehrlichen proletarischen Einheitsfront, Einheit.

Die Bourgeoisie zu einer prorussischen Politik, im Bedarfsfall mindestens zu einer neutralen Politik gegenüber Stalinrussland zu bringen - sei es auch auf Kosten der Millionenmassen der Arbeiter, Angestellten, niedere Beamten, armen Bauern, Kleinbürger und der kolonialen Volksmassen - dem dient der gesamte stalinische "Kampf gegen die Kapitalistenklasse", dem dient der "Kampf für die Tagesinteressen der Arbeiter" der Krempartei.

IX.

Der Sozialismus ist zu verwirklichen nur durch konsequenten Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse, nie und nimmer durch Partei-, Gewerkschaftskoalition mit der Kapitalistenklasse oder einen ihrer Teile, nie und nimmer durch nationalorientierte, nationalbeschränkte Politik. Im Munde von SP, LP, Stalinpartei, Gewerkschaftsbürokratie ist der Sozialismus daher nur Schwindel, Köder, um die Massen hinter sich zu ziehen. In Wirklichkeit geht es diesen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie um nichts als um ihre egoistischen Macht- und Pfründeninteressen. Für diese alle in kämpfen sie, indem sie die Massen politisch, gewerkschaftlich ausnützen und immer wieder der Bourgeoisie preisgeben, ausliefern.

Nur der konsequente Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes, gegen die Weltkapitalistenklasse schützt den proletarischen Staat gegen die Weltimperialisten. Der Kampf gegen Stalinregime, Stalinbürokratie, Stalinparteien - sie sind es, die den Arbeiterstaat entarten - muss dem Kampf gegen die Weltbourgeoisie untergeordnet werden.

Nur der konsequente Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes, gegen die Weltkapitalistenklasse öffnet den Massen den einzigen Weg gegen die kapitalistische Krise, gegen den imperialistischen Krieg, den Weg zum Sozialismus.

X.

Nur unter der Bedingung, dass die Macht, demokratisch organisiert, in den Händen ist der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse, dass sie eine ständige, wirksame demokratische Kontrolle von unten und oben ausüben, nur unter diesen Grundbedingungen ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel ein Weg zum Sozialismus.

Die sozialdemokratische (labouristische) Verstaatlichung dient dem Profit, dient der Bourgeoisie, ist Staatskapitalismus.

Die stalinische Verstaatlichung dient nicht den Massen, sondern der Stalinbürokratie, führt nicht zum sondern weg vom Sozialismus, ebnet die Bahn einem neuen Kapitalismus, einer neuen Bourgeoisie.

XI.

Die PVO wird, sobald sie genügend erstarkt sein wird, sich an den bürgerlich-demokratischen Wahlen beteiligen, wird an den bürgerlich-demokratischen Vertretungskörperschaften in Staat, Land, Gemeinden teilnehmen.

Sie erstrebt die Bildung einer Regierung der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse. In dieser Regierung darf es keine Kapitalisten, auch keine kapitalistischen Vertreter geben. Diese Regierung muss unter ständiger demokratischer Kontrolle stehen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger.

XII.

Die Sicherungen gegen die Gefahr, dass die Angestellten der Arbeiterbewegung entarten, verbürokratisieren, verkleinbürgerlichen, müssen nach den furchtbaren Erfahrungen mit SP, LP, KP, Gewerkschaftsbürokratie, Genossenschaftsbürokratie wesentlich verstärkt werden:

1. In Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, überhaupt in der Arbeiterbewegung, auch in der Betriebsrätebewegung muss die Arbeiterdemokratie hergestellt werden und dadurch gesichert sein, dass alle gewählten Funktionäre jederzeit durch ihre Wähler abgesetzt und ersetzt werden können. Auch die Mandatäre aller öffentlichen Körperschaften müssen jederzeit absetzbar und ersetzbar sein durch ihre Wähler.

2. Die Mitglieder der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, überhaupt der Arbeiterbewegung zu proletarisch-klassenmäßigem, selbständigem Denken, Urteilen systematisch zu erziehen, muss eine ständige Grundaufgabe jeder proletarischen Organisation bilden, damit deren Mitglieder immer mehr befähigt werden, die ihnen zustehenden formal-demokratischen Rechte stets im Sinn der proletarischen Klasseninteressen zu verwenden.

3. Auf allen beschlussfassenden Tagungen der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, überhaupt der Arbeiterbewegung dürfen folgende Personen ~~kein~~ ^{kein} Beschlussrecht, sondern nur beratendes Recht haben:

- a) alle Angestellten, Beamten der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, überhaupt der Arbeiterbewegung;
b) alle Angestellten, Beamten in Wirtschaft, Staat, Land, Gemeinden usw., die über Lohn, Gehalt, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Preise, über wichtige Fragen, die von Bedeutung sind für den Reallohn, für das ma-

Auch im
Arbeiterrat,

terielle und kulturelle Niveau der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, entscheiden oder mitentscheiden;
c) alle Mitglieder vollziehender, überhaupt leitender Ausschüsse der betreffenden Gliederung der Arbeiterbewegung.

4. ~~zwei Drittel~~ *zwei Drittel* ~~jeder Gewerkschaft~~ *jeder Gewerkschaft* ~~erhaltige~~ *erhaltige* ~~müssen Betriebsarbeiter sein, höchstens ein~~ *müssen Betriebsarbeiter sein, höchstens ein* ~~Drittel dürfen gewerkschaftsangestellte sein.~~

5. Organisatorische Zentralsekretäre (Generalsekretäre und dergleichen) der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft usw dürfen dieses Amt nur ein Jahr ausüben, dann müssen sie ausgewechselt ~~werden~~ und durch drei Jahre andren Funktionen zugeführt werden.

6. Der Gehalt eines Angestellten, Beamten der Arbeiterbewegung darf den Lohn eines qualifizierten Arbeiters nicht überschreiten. Darüber hinausgehende Bezüge öffentlicher Mandatäre, Funktionäre sind der Partei abzuführen. Auslagen, die ihre Funktion, ihr Mandat, mit sich bringt, sind ihnen zu ersetzen. -

Die PVÖ nimmt als Aufgabe auf sich, den Aufbau der Proletarischdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs vorzubereiten, mit den höchsten Garantievorkkehrungen dafür, dass ~~ihre~~ ihre Politik dauernd die proletarische Klassenlinie einhält und dass die Parteiangestellten nicht zu Herren der Partei, der Arbeiterklasse entarten, sondern dauernd deren beste, treue Diener bleiben.

In der Programmatischen Erklärung Punkt XII/ 3, Absatz 1 sind
nach dem Wort "Arbeiterbewegung" die Worte
"und der öffentlichen Vert~~re~~tungskörperschaften" zu streichen
und dafür einzusetzen :

, auch im Arbeiterrat ,

~~XXXXXXXXXX~~